Mussolini warnt die Welt

Nur eine Lösung: Volksabstimmung!

Ein Tag von strahlendstem Glanze, ein Tag voll von überschwenglichem Jubel des Volkes empfing Mussolini bei seinem großen Staatsbesuch in Triest. Schon in den frühesten Morgenstunden schob sich eine ungeheure Menschenmenge durch die reich geschmückte Stadt. Alles drängt dem „Platz der Einigkeit" zu, dem großen Versammlungsplatz, wo zwischen zwei mächtigen Pylonen die hohe Rednertribüne in Form einer Schiffskommandobrücke aufgebaut ist. Stunden vor der Ankunft Mussolinis ist der weite auf einer Seite nach dem Meere zu offene Platz von einer unübersehbaren Menschenmenge erfüllt. Die 50 Mann starke Abordnung der Triester deutschen Nationalsozialisten, an der Spitze der deutsche Konsul und der Ortsgruppenleiter der NSDAP., werden mit einem Sturm der Begeisterung begrüßt.

Plötzlich wird die Masse von lebhafter Bewegung ergriffen. Weit draußen auf dem Meer ist ein Kriegsschiff erschienen, das sich rasch dem Lande nähert. Es ist der Torpedobootszerstörer „Camicia Nera" mit dem Duce an Bord. Die Sirenen heulen, Salutschüsse der Landbatterien ertönen. Nach einer schneidigen Kurve ein kurzes Landungsmanöver und der Zerstörer wirft Anker. Der Jubel der Menschenmassen steigert sich, ein gewaltiges Brausen von Duce-, Duce-Rufen aus mehr als 150 000 Kehlen erfüllt die Luft. Unter dem Donner der Geschütze des „Camicia Nera" betritt Mussolini den Boden der Stadt Triest. Wenige Minuten später verkünden Jubelrufe, daß Mussolini auf dem Wege zum „Platz der Einigkeit" ist. Seine Leibgarde nimmt auf der Rednertribüne Aufstellung, und dann erscheint Mussolini, gefolgt von seinen Ministern. Nun kennt der Jubel der Menge keine Grenzen mehr. Lange dauert es, bis Mussolini das Wort zu seiner großen Ansprache ergreifen kann. Nach einem großen Rückblick auf die Geschichte Triests kam der Duce auf die tschechische Frage zu sprechen. Hierzu führte er aus:

„Es gibt im Leben der Völker Augenblicke, in denen die Männer, die sie leiten, vor ihrer Verantwortung nicht zurückschrecken dürfen, sondern sie in vollem Umfange übernehmen müssen. Das, was ich euch jetzt sage, ist nicht nur von der Politik der Achse Rom—Berlin noch nur von den Freundschaftsgefühlen diktiert, die uns mit den Ungarn, mit den Polen und anderen Nationalitäten in dem Staat, den man den Mosaikstaat Nr. 2 heißen könnte, verbinden.

Was ich euch sage, ist direkt von einem Verantwortungsgefühl, das ich mehr als italienisch, das ich europäisch nennen möchte. Wenn die von der Geschichte gestellten Probleme einen Grad stürmischer Komplikationen erreicht haben, dann drängt sich die einfachste, logischste und radikalste Lösung auf, die Lösung, die wir Faschisten die totalitäre heißen.

Die Lösung heißt Volksabstimmungen

Gegenüber dem Problem, das in diesen Tagen die Welt in Atem hält, hat die Lösung nur einen Namen: Volksabstimmungen! (Stärkster Beifall, anhaltende „Duce, Duce"- und „Sieg Heil"-Rufe.) **Volksabstimmungen für alle Nationalitäten, die sie verlangen, für die Nationalitäten, die in jenen Staat hineingezwungen wurden, der die große Tschecho-Slowakei sein wollte und sich heute in seiner ganzen organischen Haltlosigkeit offenbart.**

Aber es ist noch etwas anderes zu sagen: nämlich, daß in einem bestimmten Augenblick die Ereignisse den rasenden Lauf einer Lawine annehmen, weshalb man schnell handeln muß, wenn man Unordnungen und Komplikationen vermeiden will.

Jede Verzögerung schadet

Daß man schnell handeln muß, muß vom englischen Premierminister verstanden worden sein, der sich von London nach München begab, da jede Verzögerung der Lösung nicht nützt, sondern den fatalen Zusammenstoß bestimmt herbeiführt.

Diese Lösung beginnt bereits trotz der Kampagne Moskaus, in den Herzen der europäischen Völker Raum zu gewinnen.

Wir wünschen ebenso in diesen letzten Stunden, daß eine friedliche Lösung erreicht werde. Wir wünschen, daß, wenn sie nicht möglich ist, der eventuelle Konflikt begrenzt und lokalisiert werde. Wenn das aber nicht eintreten sollte und für oder wider Prag ein Aufmarsch universellen Charakters kommen sollte, dann muß man wissen, daß der Platz Italiens bereits gewählt ist.

Was die innere Politik anbelangt, so ist die Rassenfrage das Problem der brennenden Aktualität. Das Rassenproblem steht mit der Eroberung des Imperiums in Zusammenhang. Die Geschichte lehrt uns, daß Imperien mit den Waffen erobert, aber mit dem Prestige erhalten werden. Für dieses Prestige ist ein klares scharfes Rassenbewußtsein erforderlich, das nicht nur Unterschiede, sondern auch die Ueberlegenheit (Superiorität) mit aller Deutlichkeit bejaht.

Das Judenproblem ist also nichts anderes als ein Teil dieser Erscheinungen. Unsere Stellung ist durch diese unbestreitbaren Tatsachen bestimmt worden. Trotz unserer Politik der letzten 16 Jahre ist das Judentum der unversöhnliche Gegner des Faschismus.

In Italien hat unsere Politik bei den Juden zu dem geführt, was man heute als einen Wettlauf zur gewaltsamen Inbesitznahme nennen kann oder vielmehr bezeichnen könnte. Immerhin werden die Juden, die italienische Staatsangehörige sind, sofern sie unbestreitbare militärische oder bürgerliche Verdienste gegenüber Italien und dem Regime haben, Verständnis und Gerechtigkeit finden. Für die anderen wird eine Trennungspolitik durchgeführt werden. Schließlich wird die Welt sich vielleicht mehr über unseren Edelmut als über unsere Strenge wundern, es sei denn, daß die Juden jenseits und diesseits der Grenzen, und vor allem ihre plötzlich und unerwartet auftauchenden Freunde, die sie von allzu vielen Kanzeln herunter verteidigen, uns zwingen, unsere Wege radikal zu ändern."

Am Schluß seiner Rede kündigte Mussolini den Ausbau des Handelshafens Triest, des zweiten Italiens, sowie die Errichtung einer Universität an.

Immer wieder wird der Duce von den Beifallsrufen unterbrochen. Als er von der Forderung nach Volksabstimmungen spricht, dröhnt ein neuer Beifallssturm auf. Der Satz Mussolinis, daß Italien selbstverständlich auf seiten jener stehe, die gegen Prag Stellung nehmen, wird von einem brausenden Jubel der Zustimmung begleitet. Die Deutschen rufen Mussolini in diesem Augenblick begeisterte Duce-Heil-, Duce-Heil-Rufe zu. Mussolini merkt es, er blickt zu der deutschen Gruppe herüber und grüßt sie besonders. Nachdem der Duce seine Rede beendet hat, dauert es minutenlang, bis die Jubelrufe sich legen.

Der Duce bringt die Klärung

Die Volksabstimmung überall anerkannt

Die Rede des Duce gehört zu den Ereignissen des Sonntag, die niemand, der sie miterlebt hat, in seinem Leben vergessen wird. Zu den Millionen Italienern, die mit jubelnder Begeisterung die aus Erz geformten gewichtigen Worte Benito Mussolinis aufnahmen, gesellten sich die Millionenmassen Großdeutschlands, die an ihren Lautsprechern Zeuge der historischen Erklärung wurden und ihre deutsche Uebersetzung mit höchster Spannung erwarteten, gesellten sich die Staatsmänner und die Nationen der ganzen Welt.

Was das Entscheidende ist:

Der Staatschef Italiens sieht nur noch eine praktische Lösung gegenüber der Ungeheuerlichkeit des tschechischen Mosaikstaates Nr. 2. Sie lautet: Volksabstimmungen.

Wohlgemerkt, dieser Plural bezieht sich nicht nur auf die sudetendeutsche Frage. Er meint eine Totallösung, die alle Minderheiten unter dem Zwangsregime des Prager Militärs angeht. Er besagt zugleich, daß es sich jetzt in der Tschecho-Slowakei nicht mehr nur um ein einfaches Plebiszit handeln kann, sondern um die Selbstbestimmung und die Befreiung aller Nationen dieses gequälten Landes. Auch darin geht Deutschland seit langem mit Mussolini einig.

Aber Mussolini hat es mit diesen Feststellungen nicht bewenden lassen. Er hat sogleich die drei einzigen Möglichkeiten aufgezeigt, die in den nächsten Tagen wie eine ungeheure Forderung vor jedem europäischen Staatsmann stehen. Zunächst die friedliche Lösung, die bei den westlichen Großmächten eine Aenderung des Kurses in letzter Stunde voraussetzt und die durch die Prager Erklärungen seit Beginn des Konflikts immer wieder verneint wurde. Dann eine zweite Lösung, die aus höchster Verantwortung die Begrenzung der unvermeidlich gewordenen Auseinandersetzungen auf engstem Raum erstrebt. An dieser Lösung arbeiten alle, die den tschechischen Wahnsinn als einen verbrecherischen Anschlag gegen den Frieden Europas empfinden und denen die unerhörten Terrorakte gegen die Sudetendeutschen die Augen über die politische Moral der Prager Hussitenführer geöffnet haben. Aber auch vor der Andeutung einer letzten schwersten Lösung ist Mussolini nicht zurückgeschreckt.

Wenn alle Stränge reißen, die Vernunft erdrosselt wird und die Welt für eine neue Ungerechtigkeit zu Felde ziehen will, dann hat, so meinte er, Italien seine Stellungnahme bereits bestimmt.

Es ist entschlossen, alle Konsequenzen zu ziehen, die aus der imperialen Haltung Roms und aus der gemeinschaftlichen weltanschaulichen Linie mit Großdeutschland mit der Strenge einer mathematischen Folgerung hervorwachsen.

Nach diesem Bekenntnis des Duce, das eindeutig und die Wahrheit selbst ist, wissen die Völker der Erde, was in Mitteleuropa auf dem Spiel steht. Sie können sich danach richten. Sie werden es, wie wir hoffen. Das Echo auf die Mussolinirede scheint diese Hoffnung zu rechtfertigen.

In London nur eine Meinung: Volksabstimmung!

„Selbstbestimmung bedeutet die friedliche Lösung" — 3,5 Millionen Deutsche müssen ihre Nationalität selbst wählen dürfen — Die gegenwärtige Tschechei ein Korridor Sowjetrußlands

London, 19. September. Die gesamte Londoner Presse beschäftigt sich nur mit der einen Frage: **Volksabstimmung in der Tschecho-Slowakei oder nicht? Selbst die wenigen Blätter, die bisher noch schwankend waren, bejahen diese Frage heute eindeutig und man kann zum ersten Male feststellen, daß der Volksabstimmungsgedanke sich so gut wie endgültig durchgesetzt hat, obwohl noch keine Stellungnahme des britischen Kabinetts vorliegt.**

Die Blätter heben zunächst in großer Aufmachung die letzten Berichte über die flüchtenden Sudetendeutschen, den Aufruf Henleins sowie die Unterdrückungsmaßnahmen der Prager Regierung hervor und gehen dann im einzelnen auf das Thema „Volksabstimmung" ein. So schreibt der Diplomatische Korrespondent der offiziösen „Sunday Times", man könne die Lage in der Tschecho-Slowakei nicht mehr treiben lassen, und es sei verständlich, daß der Plan eines Volksentscheides überall ernstlich erörtert werde.

Der Leitartikler des „Scrutator" schreibt, wenn Frankreich und Großbritannien womöglich ihre Jüngsten und Besten opfern und alles wegen der Tschechei auf das Spiel setzen sollten, dann hätten sie ein Recht, ihre Bedingungen zu stellen. Die Tschechei habe dann die Pflicht, diese Bedingungen zu achten.

Der „Observer" betont gleichfalls, daß die deutsche Forderung auf Selbstbestimmungsrecht zu einer Volksabstimmung führen müsse. Die Anwendung dieses Grundsatzes würde allerdings bedeuten, daß nicht nur die Sudetendeutschen, sondern auch die Ungarn, die Polen und andere Minderheiten das gleiche Recht erhalten müßten. Garvin schreibt im Leitartikel des „Observer", bemerkenswerte französische Erklärungen bewiesen, daß Frankreich insgesamt nicht mehr gegen ein Plebiszit sei.

Adolf Hitler könne auf einer Volksabstimmung für die Sudetendeutschen bestehen.

Das sei in diesem Fall gewiß der beste Weg. Großbritannien und das Empire würden gegen die Lehre des Selbstbestimmungsrechtes, die das britische Weltreich oftmals angewandt habe — insbesondere in Irland und Ulster — nicht kämpfen. **„Wir werden nicht zum Kriege schreiten, nur um die Tschechen in den Stand zu setzen, mit Gewalt die protestierenden Kräfte niederzuhalten, die ein Drittel der Bevölkerung der gemischten Republik ausmachen. Die Verhältnisse liegen derart, daß selbst ein siegreicher Krieg nicht die Tschecho-Slowakei in ihrer gegenwärtigen Form erhalten kann."**

Bezeichnend für die Haltung der Oppositionspresse ist die Haltung des „People", der sich vor einer Woche noch völlig ablehnend gebärdete. Dieses marxistische Blatt spricht sich heute fast unumwunden für eine Volksabstimmung aus. Der Diplomatische Korrespondent des Blattes schreibt u. a., die Rede des Führers habe Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen verlangt. Die maßgebliche Ansicht vieler Länder lasse sich jetzt in einer Ansicht zusammenfassen: das dies die friedliche Lösung sein werde! Selbstbestimmung sei ein Wort, das sehr vernünftig klinge. **Es scheine nur fair zu sein, daß 3,5 Millionen Deutsche das Recht hätten, ihre Nationalität selbst zu wählen, und es sei ebenso wahr, daß die tschechische Regierung nicht nur die Sudetendeutschen viele Jahre lang unfair behandelt habe.**

Besonders bezeichnend für die Fragestellung ist dabei die des 4-Millionen-Blattes „News of the World", das sein Urteil wie folgt zusammenfaßt:

„Die Frage ist nunmehr die: Sollen die Tschechen und Sudetendeutschen sich für immer trennen und jeder seinen eigenen Weg im Frieden gehen, oder soll Europa in Blut getaucht und seine Städte in Ruinen gelegt werden, bevor menschliche Weisheit in der Lage ist, auf die aufgeworfene Frage eine Antwort zu geben?"

Pariser und Londoner Blätter sprechen von Abgrenzung der Gebiete an das Reich

London, 19. September. Die englischen und französischen Ministerbesprechungen stehen heute im Mittelpunkt des Interesses der Londoner Blätter. Sie heben mit Nachdruck hervor, daß der Gedankenaustausch zu einer weitgehenden Uebereinstimmung geführt hat. **Fast sämtliche Blätter sprechen die Erwartung aus, daß man nun an eine glatte Abtretung der Gebiete der Tschecho-Slowakei, in denen die deutsche Bevölkerung die große Mehrheit bildet, an Volksabstimmung in den anderen Mischgebieten denke.**

Die meisten Blätter geben in diesem Zusammenhang schon ausführliche Berichte über die Triester Rede Mussolinis, wobei sie seine Worte über die **Volksabstimmung für alle Nationalitäten** und Italiens Zusammengehen mit Deutschland besonders hervorheben.

In demselben Sinne berichten heute auch die maßgebenden Pariser Zeitungen.

„Die Magyaren in der Tschecho-Slowakei werden im Kampf um das Recht ihren Mann stellen".

Budapest, 19. September. Die Triester Rede Mussolinis ist nicht nur in hiesigen politischen Kreisen mit Genugtuung aufgenommen worden, sondern hat auch in der ganzen ungarischen Bevölkerung ein freudiges Echo gefunden. Man erinnert daran, daß der Duce der erste gewesen sei, der Gerechtigkeit für Ungarn forderte.

Die Presse befaßt sich ausführlich mit der Rede. „Nagyvilag" schreibt, Mussolini habe ein derart gereiftes politisches Bekenntnis zum Frieden Europas abgelegt, wie es nur berufenste Führerpersönlichkeiten vermögen. „Hetfői Napló" unterstreicht mit Freude, Italien habe mit den Worten seines Duce sich erneut zur ungarischen Freundschaft bekannt. Im „Reggeli Ujsag" heißt es, Mussolini habe mit seiner Forderung eine Ansicht geäußert, die sich völlig mit dem offiziellen ungarischen Standpunkt decke.

Ganz Ungarn steht einmütig hinter den Forderungen der ungarischen Volksgruppe

Budapest, 19. September. Die Budapester Sonntagspresse bringt ohne Unterschied der Partei in größter Aufmachung und schärfster Kommentierung die Forderung Ungarns in der Tschecho-Slowakei nach Selbstbestimmung und Volksabstimmung sowie die Erklärung der ungarischen Regierung, daß sie sich mit allen Mitteln für die Geltendmachung dieser Forderung einsetzen werde. Die ungarische öffentliche Meinung, so schreibt das Regierungsblatt „Budapesti Hirlap", setzte sich restlos für jedes Wort des Aufrufes der Ungarn in der Tschecho-Slowakei ein. „Függetlenség" fordert energisch, daß auch das Schicksal der ungarischen Minderheit auf der Basis der Selbstbestimmung geregelt werde. Auch „Pesti Hirlap" unterstreicht die Kraft der Ungarn in der Tschecho-Slowakei, die in der unbeirrbaren Entschlossenheit liege, mit der das 20 Jahre lang vorenthaltene Recht der Selbstbestimmung gefordert werde. Wenn die Tschechen glaubten, durch Terror ihren Staat vor dem Untergang zu retten, so irrten sie. Die Gerechtigkeit, nicht die Unterdrückung werde den Sieg davontragen.

Polen fordert Selbstbestimmung

Warschau, 19. September. Die Regierungsblätter „Gazeta Polska", „Polska Zbrojna" und „Expreß Poranny" nehmen am Sonntag in ihren Leitartikeln nochmals ausführlich zu der tschecho-slowakischen Frage Stellung.

Uebereinstimmend erheben sie die Forderung, die Gewalttat endlich wieder gut zu machen, die die Tschechen dem polnischen Staat im Jahre 1920 durch den rücksichtslosen Raub polnischen Gebietes zufügten, als Polen alle seine Kräfte zur Abwehr der bolschewistischen Truppen einsetzen mußte.

Das Militärblatt „Polska Zbrojna" schreibt, keine der Verpflichtungen, die die Tschechen den verschiedenen Nationalitäten im Staate gegenüber übernommen haben, hätten sie jemals erfüllt. Es gebe keine Nationalität, die mit den Tschechen in einem Staate leben wolle. Dieses Argument überzeuge durch seine unerschütterliche Logik. Die Zeit für Teilkompromisse und taktische Manöver sei zu Ende. Heute gilt die Politik der Selbstbestimmung. Die Jahre des Kampfes des Polentums in der Tschecho-Slowakei um ihre innere Zugehörigkeit zum Vaterland müßten jetzt die entsprechenden Resultate zeitigen. Die Parole der Selbstbestimmung für die polnische Bevölkerung müsse in vollem Umfange und so rasch wie nur möglich verwirklicht werden.

SLUB
Wir führen Wissen.